

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 19. Mai 2016 zum Nordatlantikvertrag über den Beitritt Montenegros

A. Problem und Ziel

Die NATO-Außenminister haben am 2. Dezember 2015 in Brüssel beschlossen, Montenegro zur Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der NATO einzuladen.

Gemäß Artikel 10 des Nordatlantikvertrags vom 4. April 1949 (BGBl. 1955 II S. 256, 289), dessen Vertragspartei die Bundesrepublik Deutschland seit dem 6. Mai 1955 ist (BGBl. 1955 II S. 630), können die Mitgliedstaaten der NATO „durch einstimmigen Beschluss jeden anderen europäischen Staat, der in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrags zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebiets beizutragen, zum Beitritt einladen. Jeder so eingeladene Staat kann durch Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Mitglied dieses Vertrags werden.“

Die NATO-Mitgliedstaaten stimmen dem Beitritt eines neu aufzunehmenden Mitglieds durch vorherige Billigung einer förmlichen Beitritts-einladung zu. Das Protokoll zum Nordatlantikvertrag über den Beitritt Montenegros ist Grundlage einer solchen förmlichen Einladung zum Beitritt. Dessen Unterzeichnung erfolgte am 19. Mai 2016 durch die NATO-Außenminister in Brüssel. Erst nach Inkrafttreten des Protokolls, d. h. wenn jede der Vertragsparteien des Nordatlantikvertrags der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika als Verwahrer des Nordatlantikvertrags die Annahme des Protokolls gemäß seines Artikel II notifiziert hat, kann der NATO-Generalsekretär der Regierung Montenegros im Namen aller Vertragsparteien eine förmliche Beitritts-einladung übermitteln.

Der Beitritt wird an dem Tag vollzogen, an dem die Regierung Montenegros ihre Beitrittsurkunde bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 10 des Nordatlantikvertrags hinterlegt.

Die Bundesregierung ist davon überzeugt, dass der NATO-Beitritt Montenegros einen Beitrag zu Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum leisten wird.

B. Lösung

Mit dem Vertragsgesetz werden die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Annahme des Protokolls durch die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel II dieses Protokolls geschaffen. Ein Vertragsgesetz ist erforderlich, da das Protokoll die politischen Beziehungen des Bundes im Sinne von Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes regelt.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Eine unmittelbare Belastung des Bundeshaushalts ist derzeit nicht absehbar. Eine vom Bündnis durchgeführte Bewertung kommt gegenwärtig zu dem Ergebnis, dass die Allianz mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen prinzipiell in der Lage sein wird, die durch die NATO-Erweiterung bedingten und gemeinsam zu finanzierenden Kosten im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung handhaben zu können. Die nationalen Finanzierungsanteile der derzeitigen Mitglieder für die gemeinsam finanzierten NATO-Haushalte werden sich durch den Beitritt Montenegros geringfügig reduzieren. Auch unter Berücksichtigung dessen sind eventuell entstehende Mehrbelastungen nach bisheriger Bewertung des Bündnisses handhabbar. Länder und Gemeinden sowie die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme werden durch die Auswirkungen des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger

Es entsteht kein Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger. Es werden keine Informationspflichten für die Bürgerinnen und Bürger eingeführt oder abgeschafft.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entstehen durch das Gesetz keine Informationspflichten und kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Der Verwaltung entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

F. Weitere Kosten

Weitere Kosten beziehungsweise Auswirkungen auf das Preisniveau sind derzeit nicht ersichtlich.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 17. Oktober 2016

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 19. Mai 2016 zum
Nordatlantikvertrag über den Beitritt Montenegros

mit Begründung und Vorblatt (Anlage).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Auswärtige Amt.

Der Bundesrat hat in seiner 949. Sitzung am 14. Oktober 2016 beschlossen,
gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf
Gesetz
zu dem Protokoll vom 19. Mai 2016
zum Nordatlantikvertrag über den Beitritt Montenegros

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Brüssel am 19. Mai 2016 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll zum Nordatlantikvertrag über den Beitritt Montenegros wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel II für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Protokoll findet Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es die politischen Beziehungen des Bundes regelt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Protokoll nach seinem Artikel II für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Protokoll
zum Nordatlantikvertrag
über den Beitritt Montenegros

Protocol
to the North Atlantic Treaty
on the Accession of Montenegro

Protocole
au Traité de l'Atlantique Nord
sur l'accession du Monténégro

(Übersetzung)

The Parties to the North Atlantic Treaty,
signed at Washington on April 4, 1949,

Les Parties au Traité de l'Atlantique Nord,
signé le 4 avril 1949 à Washington,

Die Vertragsparteien des am 4. April 1949
in Washington unterzeichneten Nordatlan-
tikvertrags –

Being satisfied that the security of the
North Atlantic area will be enhanced by the
accession of Montenegro to that Treaty,

Assurées que l'accession du Monténégro
au Traité de l'Atlantique Nord permettra
d'augmenter la sécurité de la région de
l'Atlantique Nord,

in der Überzeugung, dass die Sicherheit
des nordatlantischen Gebiets durch den
Beitritt Montenegros zu diesem Vertrag
erhöht wird –

Agree as follows:

Convient ce qui suit:

sind wie folgt übereingekommen:

Article I

Upon the entry into force of this Protocol,
the Secretary General of the North Atlantic
Treaty Organisation shall, on behalf of all the
Parties, communicate to the Government of
Montenegro an invitation to accede to the
North Atlantic Treaty. In accordance with
Article 10 of the Treaty, Montenegro shall
become a Party on the date when it de-
posits its instrument of accession with the
Government of the United States of America.

Article I

Dès l'entrée en vigueur de ce Protocole,
le Secrétaire Général de l'Organisation du
Traité de l'Atlantique Nord enverra, au nom
de toutes les Parties, au Gouvernement du
Monténégro une invitation à adhérer au
Traité de l'Atlantique Nord. Conformément
à l'Article 10 du Traité, le Monténégro de-
viendra Partie à ce Traité à la date du dépôt
de son instrument d'accession auprès du
Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique.

Artikel I

Mit Inkrafttreten dieses Protokolls über-
mittelt der Generalsekretär der Nordatlan-
tikvertrags-Organisation im Namen aller
Vertragsparteien der Regierung Monte-
negros eine Einladung, dem Nordatlantik-
vertrag beizutreten. In Übereinstimmung mit
Artikel 10 des Vertrags wird Montenegro
Vertragspartei an dem Tag, an dem es seine
Beitrittsurkunde bei der Regierung der Ver-
einigten Staaten von Amerika hinterlegt.

Article II

The present Protocol shall enter into force
when each of the Parties to the North
Atlantic Treaty has notified the Government
of the United States of America of its ac-
ceptance thereof. The Government of the
United States of America shall inform all the
Parties to the North Atlantic Treaty of the
date of receipt of each such notification and
of the date of the entry into force of the
present Protocol.

Article II

Le présent Protocole entrera en vigueur
lorsque toutes les Parties au Traité de
l'Atlantique Nord auront notifié leur appro-
bation au Gouvernement des Etats-Unis
d'Amérique. Le Gouvernement des Etats-
Unis d'Amérique informera toutes les Par-
ties au Traité de l'Atlantique Nord de la date
de réception de chacune de ces notifica-
tions et de la date d'entrée en vigueur du
présent Protocole.

Artikel II

Dieses Protokoll tritt in Kraft, wenn jede
der Vertragsparteien des Nordatlantikver-
trags der Regierung der Vereinigten Staaten
von Amerika die Annahme des Protokolls
notifiziert hat. Die Regierung der Vereinigten
Staaten von Amerika teilt allen Vertragspar-
teien des Nordatlantikvertrags den Tag des
Eingangs jeder solchen Notifikation sowie
den Tag des Inkrafttretens dieses Protokolls
mit.

Article III

The present Protocol, of which the Eng-
lish and French texts are equally authentic,
shall be deposited in the Archives of the
Government of the United States of America.
Duly certified copies thereof shall be trans-
mitted by that Government to the Govern-
ments of all the Parties to the North Atlantic
Treaty.

Article III

Le présent Protocole, dont les textes en
français et anglais font également foi, sera
déposé dans les archives du Gouvernement
des Etats-Unis d'Amérique. Des copies
certifiées conformes seront transmises par
celui-ci aux Gouvernements de toutes les
autres Parties au Traité de l'Atlantique Nord.

Artikel III

Dieses Protokoll, dessen englischer und
französischer Wortlaut gleichermaßen ver-
bindlich ist, wird im Archiv der Regierung
der Vereinigten Staaten von Amerika hinter-
legt. Diese übermittelt den Regierungen
aller Vertragsparteien des Nordatlantik-
vertrags gehörig beglaubigte Abschriften.

In witness whereof, the undersigned
plenipotentiaries have signed the present
Protocol.

En foi de quoi, les plénipotentiaires
désignés ci-dessous ont signé le présent
Protocole.

Zu Urkund dessen haben die unterzeich-
neten Bevollmächtigten dieses Protokoll
unterschrieben.

Signed at Brussels on the 19th day of
May 2016.

Signé à Bruxelles le 19 mai 2016.

Unterzeichnet in Brüssel am 19. Mai
2016.

Denkschrift

I. Allgemeines

Die NATO-Außenminister haben am 2. Dezember 2015 in Brüssel beschlossen, Montenegro zur Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der NATO einzuladen.

Die Bundesregierung ist wie die Verbündeten davon überzeugt, dass der NATO-Beitritt Montenegros einen Beitrag zu Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum leisten, zur transatlantischen Wertegemeinschaft beitragen und zudem einen wichtigen Impuls für die weitere Stabilisierung des westlichen Balkans geben wird.

Die NATO versteht sich als transatlantische Wertegemeinschaft, die auf den Prinzipien Demokratie, individuelle Freiheit und Rechtsstaatlichkeit beruht und sich zur Förderung von Stabilität und Wohlstand verpflichtet hat. Die Aufnahme neuer Mitglieder ist damit zugleich auch Ausdruck gestärkter Demokratie und Freiheitsrechte sowie gefestigter transatlantischer Beziehungen.

Montenegro hat in den vergangenen Jahren ehrgeizige Reformen seines Sicherheitssektors sowie bei der Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie eingeleitet und hierbei erhebliche Fortschritte erzielt. Die Vorbereitung auf die NATO-Mitgliedschaft hat in Montenegro positive Wirkung auf einen nachhaltigen Reformkurs entfaltet.

Zentrales Instrument der Heranführung eines Beitrittskandidaten an die NATO ist seit dem Washingtoner NATO-Gipfel (1999) der Mitgliedschaftsaktionsplan („Membership Action Plan“ – MAP). Mit Kapiteln zu politischen, wirtschaftlichen, militärischen und rechtlichen Fragen sowie zur Sicherheit und zum Geheimschutz erlaubt ein Mitgliedschaftsaktionsplan eine umfassende Vorbereitung des Aspiranten. Dem Beitrittskandidaten obliegt es, jährlich ein nationales Reformprogramm („Annual National Programme“ – ANP) zu erstellen. Ein solches Programm wird mit der Allianz abgestimmt und im Rahmen von turnusmäßigen Fortschrittsberichten weiter begleitet. Die NATO steht somit in kontinuierlichem Dialog mit dem Aspiranten, um die Umsetzung des Reformprogramms zu beobachten und zu unterstützen. Der 5. Zyklus des Mitgliedschaftsaktionsplans wird bis zum Jahresende 2016 abgeschlossen. Der 6. Zyklus schließt mit der Vorlage des Jahresprogramms unmittelbar daran an und wird bis zum Beitritt in die NATO fortgesetzt.

Parallel hierzu hat die Allianz – auf Beschluss der Staats- und Regierungschefs beim NATO-Gipfel am 4. und 5. September 2014 in Wales – in Vorbereitung der Entscheidung zur Beitrittseinladung bis Ende 2015 sogenannte intensivierte und fokussierte Gespräche mit Montenegro geführt.

Nach der Einladung zur Aufnahme von Beitrittsgesprächen im Dezember 2015 haben diese im Februar 2016 stattgefunden. Dabei hat Montenegro seine Bereitschaft und Fähigkeit dokumentiert, alle Pflichten, die sich aus einer NATO-Mitgliedschaft ergeben, vollständig zu erfüllen. Im Rahmen der Gespräche wurden u. a. folgende Themen besprochen:

- politische und rechtliche Verpflichtungen entsprechend des Nordatlantikvertrags,
- verteidigungspolitische und militärische Fragen, insbesondere die Integration der Streitkräfte in die militärischen Strukturen des Bündnisses,

- Sicherheitsfragen, Geheimschutz,
- Finanzfragen, dabei insbesondere die Modalitäten für die Beteiligung der Beitrittsländer an den gemeinsamen NATO-Haushalten.

Montenegro hat sich im Rahmen der Beitrittsgespräche zur Fortsetzung der eingeleiteten Reformen verpflichtet und sich dazu bekannt, die Anstrengungen zur Vorbereitung einer NATO-Mitgliedschaft auch über den Zeitpunkt des Beitritts zum Bündnis hinaus fortzusetzen („Programm zur Fortsetzung der Reformen“ von März 2016). Dies erleichtert den Reformprozess im Beitrittsland und ermöglicht es der Allianz, gegenüber Montenegro auf fortgesetzte Reformschritte hinzuwirken und diese flankierend zu unterstützen.

Seit Unterzeichnung des Beitrittsprotokolls am 19. Mai 2016 und bis zur förmlichen Aufnahme ins Bündnis nimmt Montenegro als Beobachter an nahezu allen Sitzungen der Allianz, einschließlich des Nordatlantikrats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs sowie der Außen- und Verteidigungsminister, teil.

Für den Beitritt Montenegros zur NATO bedarf es keiner Änderung des Wortlauts des Nordatlantikvertrags. Montenegro beabsichtigt, dem Vertrag in seiner derzeit gültigen Fassung beizutreten. Montenegro stellt im Zusammenhang mit seinem Beitritt keine Bedingungen und beansprucht keine Sonderregelungen.

Mit dem Beitritt werden sich die Rechte und Pflichten, die sich aus dem Nordatlantikvertrag ergeben, auch auf den neuen Mitgliedstaat erstrecken. Dazu zählt insbesondere die Beistandsverpflichtung im Rahmen der kollektiven Selbstverteidigung. Dies bedeutet, dass Montenegro Beistandspflichten für die bisherigen Mitglieder übernimmt und einen angemessenen Beitrag zur Erfüllung der Aufgaben der Allianz leisten wird.

Im gegenwärtigen und vorhersehbaren sicherheitspolitischen Umfeld kann die Beistandspflicht für Montenegro mit den vorhandenen militärischen Kräften der bisherigen Bündnismitglieder erfüllt werden. Aus dem Beitritt ergibt sich keine Notwendigkeit zur Umstrukturierung der Bundeswehr.

Eine unmittelbare Belastung des Bundeshaushalts durch den Beitritt Montenegros ist derzeit nicht absehbar. Eine vom Bündnis durchgeführte Bewertung kommt gegenwärtig zu dem Ergebnis, dass die Allianz mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen prinzipiell in der Lage sein wird, die durch die NATO-Erweiterung bedingten und gemeinsam zu finanzierenden Kosten im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung handhaben zu können. Die nationalen Finanzierungsanteile der derzeitigen Mitglieder für die gemeinsam finanzierten NATO-Haushalte werden sich durch den Beitritt Montenegros geringfügig reduzieren. Auch unter Berücksichtigung dessen sind eventuell entstehende Mehrbelastungen nach bisheriger Bewertung des Bündnisses handhabbar. Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten. Länder und Gemeinden sowie die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme werden durch die Auswirkungen des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Es werden keine Informationspflichten für die Wirtschaft, der Verwaltung oder für die Bürgerinnen und Bürger eingeführt, geändert oder aufgehoben.

II. Besonderes

Artikel I

Gemäß Artikel 10 des Nordatlantikvertrags vom 4. April 1949 (BGBl. 1955 II S. 256, 289), dessen Vertragspartei die Bundesrepublik Deutschland seit dem 6. Mai 1955 ist (BGBl. 1955 II S. 630), können die Mitgliedstaaten der NATO „durch einstimmigen Beschluss jeden anderen europäischen Staat, der in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrags zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebiets beizutragen, zum Beitritt einladen. Jeder so eingeladene Staat kann durch Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Mitglied dieses Vertrags werden.“

Die NATO-Mitgliedstaaten stimmen dem Beitritt eines neu aufzunehmenden Mitglieds somit durch vorherige Billigung einer förmlichen Beitrittseinladung zu.

Das Protokoll über den Beitritt Montenegros ist Grundlage einer solchen förmlichen Einladung zum Beitritt und somit Gegenstand des Annahmeinstruments. Erst nach Inkrafttreten des Protokolls, d. h. nach Annahme durch alle

NATO-Mitgliedstaaten, kann der NATO-Generalsekretär der Regierung Montenegros im Namen aller Vertragsparteien eine förmliche Beitrittseinladung übermitteln.

Der Beitritt wird an dem Tag wirksam, an dem die Regierung Montenegros ihre Beitrittsurkunde bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika (Verwahrer gemäß Artikel 14 des Nordatlantikvertrags) hinterlegt.

Artikel II

Artikel II des Protokolls bestimmt die Voraussetzungen des Inkrafttretens des Protokolls. Nach Billigung des Beitrittsprotokolls durch die Regierungen bzw. Parlamente der 28 Mitgliedstaaten entsprechend ihrer nationalen Verfahren notifizieren diese der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Annahme des Protokolls. Diese unterrichtet den Nordatlantikrat über jede Notifikation sowie abschließend über den Tag des Inkrafttretens des Protokolls.

Artikel III

Artikel III des Protokolls enthält in Anlehnung an Artikel 14 des Nordatlantikvertrags Bestimmungen zur Verbindlichkeit der englischen und französischen Sprachfassungen des Protokolls und zur Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika als Verwahrer.

